



Haus kirchlicher Dienste
der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers



NEWSLETTER FRIEDENSARBEIT

Haus kirchlicher Dienste Hannover

Februar 2009

Thema:

Arbeit gegen Rechtsextremismus bleibt aktuell

KU-Tag „Gib dem Hass keine Chance – Neonazis enttarnen!“

Hannover/Müden (AS Friedensarbeit). In zwei Pilotprojekten haben sich insgesamt 100 Konfirmand/innen und 15 Teamer/innen an einem thematischen Tag zum Umgang mit Rechtsextremismus mit dem Thema „Gib dem Hass keine Chance – Neonazis enttarnen!“ beschäftigt. Die Rückmeldungen der Jugendlichen war positiv: für die meisten waren die Inhalte neu, der Tag wurde als ausgesprochen hilfreich empfunden und viele wollen sich auch anschließend weiter mit der Thematik beschäftigen. Durchgeführt wurden die Pilotprojekte von einer Arbeitsgruppe unter Leitung der Arbeitsstelle Friedensarbeit, unter Tatkräftiger Mitarbeit von Fachleuten aus der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) aus Braunschweig und engagierten Teamern aus der kirchlichen Sozial- und Jugendarbeit. Eine Arbeitshilfe zum KU-Tag, die Kirchengemeinden und Jugendeinrichtungen zugänglich gemacht werden soll, ist bereits in Planung. Anfragen sind zu richten an: friedensarbeit@kirchliche-dienste.de.

4.000 Osnabrücker wollen gegen NPD auf die Straße gehen

Osnabrück (epd). Bis zu 4.000 Menschen wollen nach Angaben der Veranstalter am 7. März in Osnabrück gegen eine von der NPD geplante Kundgebung demonstrieren. Der Aufmarsch der rechtsextremen Partei steht nach NPD Angaben unter dem Motto „Die Hermannsschlacht: 2000 Jahre Kampf gegen Überfremdung“. Mehr als 50 Organisationen hätten ihre Teilnahme an der Gegendemonstration zugesagt, sagte Organisationsleiter Olaf Cramm vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Osnabrück. Auch der Stadtrat hat am Dienstagabend einstimmig eine Resolution gegen die NPD-Demonstration verabschiedet.

Angehörige von mehr als 150 Nationen lebten in Osnabrück friedlich zusammen, heißt es darin. „Wir wollen aufeinander nicht mehr verzichten, weil wir uns kennen- und schätzen gelernt haben.“ Der Rat verurteilt daher mit Nachdruck jede Form von Gewalt, Fremdenhass und Rassismus. Oberbürgermeister Boris Pistorius (SPD) forderte in seiner Rede die Osnabrücker Bürger auf, mit ihm gemeinsam an der Demonstration teilzunehmen. Politiker aller Parteien appellierten außerdem an die Bundesregierung, den Bundestag und die Länder, ein Verbot der NPD erneut sorgfältig zu prüfen.

„Wer den Schutz unserer demokratischen Verfassung missbraucht, hat nach unserer festen Überzeugung nicht das Recht, dieses System, das uns seit über 60 Jahren Frieden garantiert, für sich in Anspruch zu nehmen.“ Es solle am 7. März neben einem Demonstrationzug durch die Innenstadt an vielen Stellen kleinere Aktionen und

Veranstaltungen geben, sagte Cramm. Damit solle die NPD auf einen möglichst kleinen Raum zurückgedrängt werden. Die Gegendemo werde auch dann stattfinden, wenn die NPD-Kundgebung untersagt werde.

Unter den teilnehmenden Institutionen seien Parteien, evangelische und katholische Kirche, das Museum Varusschlacht sowie die deutsch-israelische Gesellschaft. Bei der zentralen Abschlusskundgebung gegen 14 Uhr auf dem Marktplatz werde unter anderen der katholische Generalvikar Theo Paul sprechen. (0172/10.2.09)

Aktionen gegen den „Arbeiterkampftag“ der NPD am 1.Mai 2009 in Hannover geplant

HANNOVER. Die alte Gesinnung, aber moderne Methoden: selbst auf der Videoplattform „youtube“ werben Neonazis für die Großdemonstration am 1. Mai in Hannover. Ein Rechtsextremist aus Celle hatte den Aufmarsch angekündigt. Die sogenannten Nationalen Sozialisten wollen sich ab zwölf Uhr am Hauptbahnhof oder dem ZOB treffen. Einzelheiten geben sie nur über ein Infotelefon bekannt. Erwartet werden mehr als 1000 Teilnehmer. Von der City aus ist der Marsch bis nach Linden geplant. Wahrscheinlich werden mehrere Hundertschaften Polizei im Einsatz sein, denn zeitgleich feiert der DGB nach Sternmarsch und Kundgebung sein 1.-Mai-Fest auf dem Klagesmarkt. „Wir wollen nicht, dass die Nazis durch Hannover laufen, und wir werden gemeinsam mit vielen anderen alles dafür tun, dass ihnen das nicht gelingt“, sagt DGB-Regionschef Wertmüller (siehe Interview).

Ein breites Bündnis, zu dem auch Kirchen und Parteien gehören, organisiert seit Wochen den Protest gegen den Aufmarsch der Neonazis. Dazu gehört auch die Idee, die Rechtsextremen auf ihrer Route durch die Stadt einzukesseln. Bei allen Vorbereitungstreffen werden die Teilnehmer auf das Prinzip Gewaltfreiheit eingeschworen. Diejenigen, die aus Hannover kommen, wollen sich nach NP-Informationen daran halten. Kig

DGB: „Provokation für die ganze Stadt“

Ein breites Bündnis gegen Rechts zum 1. Mai ist das Ziel: DGB-Regionschef Sebastian Wertmüller (48) im NP-Interview. Neonazis und NPD werben inzwischen bundesweit um Teilnahme für ihre Mai-Demo in Hannover. Macht Ihnen das Sorge?

Wir befürchten, dass am 1. Mai mehr als 1000 gewaltbereite Nazis nach Hannover kommen werden. Kenner der Szene gehen sogar von 1500 rechtsextremen Demonstranten aus. Das ist eine Provokation nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für die ganze Stadt.

Warum haben sich die Neonazis ausgerechnet Hannover ausgesucht?

Man könnte annehmen, dass sie eine der größten Mai-Kundgebungen Deutschlands stören wollen. Tatsächlich ziehen sie gegen eine liberale integrationswillige Stadt zu Felde. Deswegen haben sie vor, sogar durch Linden zu ziehen.

Die Demonstrationsrouten von Gewerkschaften und Neonazis werden sich wahrscheinlich berühren. Rechnen Sie mit Gewalt?

Die Nazi-Szene ist immer gewaltbereiter geworden, am 1. Mai 2008 in Hamburg haben sie auch Polizisten und Journalisten angegriffen. Ein breites Bündnis in der Stadt Hannover organisiert heute schon Gegenproteste, und wir werden alles unternehmen, damit es nicht zu Ausschreitungen kommt.

Der 1. Mai auf dem Klagesmarkt ist ein Familienfest. Wie sehr wird das beeinträchtigt?

Keiner muss Sorgen haben, wenn er zu unserem 1.-Mai-Fest kommt. Unsere Demonstration und unser Fest werden garantiert gewaltfrei bleiben. Dabei wollen viele helfen. Das wird nicht nur der 1. Mai der Gewerkschaften sein, sondern ein Zeichen von gelebter Demokratie in dieser Stadt. Deswegen geht es auf dem Klagesmarkt auch um Themen wie soziale Gerechtigkeit und friedliches Zusammenleben.

Aufruf der Stadtsuperintendentur an der Marktkirche

an die Kirchenvorstände, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Kirchengemeinden im Ev.-luth. Stadtkirchenverband Hannover
sowie an die übergemeindlich-funktionalen Einrichtungen und Werke

Aufmarsch von Neonazis am 1. Mai 2009 in Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Anregung des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben sich Institutionen, Glaubensgemeinschaften und gesellschaftliche Gruppen in einem breiten Aktionsbündnis zu Protesten gegen Extremismus, Antisemitismus und Rassismus und zum Eintreten für Toleranz, Demokratie und Vielfalt zusammengefunden.

Auch der Ev.-luth. Stadtkirchenverband Hannover stellt sich dieser Herausforderung und ruft seine Gemeinden und ihre Mitglieder, seine Einrichtungen und seine Mitarbeitenden auf, sich am geplanten Aktionstag zu beteiligen.

Wir bitten unsere Gemeinden, den beigefügten Aufruf in den Gemeindebriefen und an anderen geeigneten Stellen zu veröffentlichen und sich an den genannten Aktionen zu beteiligen.

In ökumenischer Verbundenheit werden wir zusammen mit den römisch-katholischen Geschwistern und anderen Gemeinden aus der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Hannover ein Kirchenzelt beim Fest für Demokratie auf dem Klagesmarkt einrichten.

Wir sind überzeugt, dass wir vom Kern unseres Glaubens aufgerufen sind, an diesem Tag für eine menschenfreundliche Stadt einzutreten, weil der Gott, auf den wir vertrauen, ein menschenfreundlicher Gott ist.

Zugleich hoffen wir, dass alle Protestveranstaltungen von unserer friedlichen Gesinnung geprägt sind und dass wir uns auch dadurch von den Nazikameradschaften unterscheiden werden. Wir als Christinnen und Christen stehen gerade dafür ein.

Einige Gruppen in dem Aktionsbündnis rufen zu einer sogenannten „Umzingelung“ des Naziaufmarsches auf dem ZOB auf. Dabei können gewalttätige Auseinandersetzungen nicht ausgeschlossen werden. Deshalb sehen wir uns nicht in der Lage, zu diesen Umzingelungsaktionen aufzurufen. Das sollte uns andererseits nicht davon abhalten, für Demokratie und Menschenrechte einzutreten. Dazu haben wir am 1. Mai an anderen Stellen Gelegenheit.

Wir bitten Sie herzlich, in Ihren Gemeinden bei jeder sich bietenden Gelegenheit dazu aufzurufen und sich an den von uns genannten Aktionen zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Thomas Höflich

JA zu Toleranz, Demokratie und Vielfalt – NEIN zu Extremismus, Antisemitismus und Rassismus.

Der 1. Mai 2009 ist für Hannover eine Herausforderung: Neonazis wollen durch die Stadt marschieren.

Die großen christlichen Kirchen stellen sich diesem Aufmarsch entgegen. Gemeinsam mit einem breiten Spektrum von politischen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen aus Stadt und Region Hannover wird ein Aktionstag vorbereitet. Er signalisiert erneut: Hannover ist bunt statt braun.

Unser Eintreten für Toleranz, Demokratie und Vielfalt kommt aus dem Kern unseres Glaubens:

- Unser Gott ist der Schöpfer aller Menschen.
- Jesus Christus ist für alle Menschen gestorben und auferstanden.
- Die Gemeinschaft des Heiligen Geistes überwindet alle menschlichen Unterschiede und Schranken.

Der Evangelisch-lutherische Stadtkirchenverband Hannover ruft Christinnen und Christen in allen Gemeinden und Einrichtungen zur Zivilcourage auf.

Erheben Sie Ihre Stimme gegen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz!

Treten Sie ein für Menschenwürde, Demokratie und friedliches Zusammenleben!

Gehen Sie mit, wenn sich am 1. Mai um 10 Uhr in den Stadtteilen die Demonstrationzüge formieren! (Treffpunkte: Lister Platz; Freizeitheim Linden, Windheimstraße; Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder-/Ecke Dragonerstraße).

Stärken Sie die Kundgebung ab 11 Uhr auf dem Klagesmarkt!

Feiern Sie mit beim Fest für Demokratie auf dem Klagesmarkt ab 12 Uhr!

Thomas Höflich

Amtierender Stadtsuperintendent und Amtsbereich Ost

Professorin Roseline B. Forch

Präsidentin des Stadtkirchentages

Elke Schölper

Superintendentin Amtsbereich Garbsen/Seelze

Christian Sundermann

Superintendent Amtsbereich West

Martina Szagun

Superintendentin Amtsbereich Mitte

Neonazi-Treffpunkt Heisenhof: Juristische Niederlage für Rechtsextreme

Stade/Dörverden (epd). Im Streit um einen weitgehenden Abriss des rechtsextremen Heisenhofes im niedersächsischen Dörverden bei Bremen muss der Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger als Eigentümer eine juristische Niederlage hinnehmen. Das Verwaltungsgericht in Stade hat am Freitag eine Abrissverfügung der Baubehörde des Landkreises Verden für mehrere Gebäude auf dem rund 26.000 Quadratmeter großen Areal bestätigt. Riegers Einsprüche seien abgewiesen worden, sagte der Vorsitzende Richter Hans-Joachim Gärtner dem epd.

Es wird allerdings erwartet, dass Rieger das Urteil vor dem Obergericht in Lüneburg anfechtet. Der Hamburger Jurist hatte vor etwa fünf Jahren die ehemalige Standortverwaltung der Bundeswehr für rund 250.000 Euro ersteigert. Rieger, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD ist, will dort ein Schulungszentrum für Neonazis einrichten und auf dem Gelände „arische Fruchtbarkeitsforschung“ betreiben. Der Landkreis hatte argumentiert, für die ehemals militärisch genutzten Immobilien im Außenbereich gebe es keinen Bestandsschutz. Jede andere Nutzung müsse von der Baubehörde genehmigt werden. Diese Rechtsauffassung bestätigte nun die zweite Kammer des Stader Verwaltungsgerichtes, die sich am Donnerstag vor ihrem Urteil bei einem Ortstermin auf dem Heisenhof informiert hatte. Der Verdener Landrat Peter Bohlmann (SPD) sagte, er freue sich, dass der Landkreis auf ganzer Linie gesiegt habe: „Der Heisenhof, der zum Symbol der Nazis in der Region werden sollte, ist zum Symbol ihrer Niederlage geworden.“

Auch das örtliche „Bündnis gegen Rechtsextremismus“ begrüßte die Entscheidung. Nun müssten alle Gebäude entsorgt werden, sagte Bündnis-Sprecher Bernward Nüttgens. Fraglich sei aber, wie viele weitere Instanzen bis zu einem endgültigen Urteil nötig seien. Doch Stade sei „ein guter Anfang der gerichtlichen Auseinandersetzung“. Internet: www.heisenhof.info (6095/6.2.09)

Rechtsextremismus darf in unserer Kirche keinen Fußbreit in die Tür kommen

MÜDEN (sz). Nächstenliebe, die Möglichkeit der Vergebung und Gewaltfreiheit - das sind Bausteine, auf denen der christliche Glaube beruht. Dass dies allerdings nicht bedeutet, jede Weltanschauung zu bejahen, machte Pastor Klaus Burckhardt am Dienstag abend in der ev. Laurentiuskirche in Müden deutlich, wo er vor gut 100 Zuhörern seine Sicht über Rechtsextremismus — was geht das Christen an“ darlegte.

Sein Fazit: Christen sind dazu aufgerufen, sich gegen „eine Ideologie zu stellen, die eben gerade darauf beruht, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Lebensweise oder einer Behinderung grundlegende Menschenrechte abgesprochen werden. „Rechtsextremismus darf in unserer Kirche keinen Fußbreit in die Tür kommen“, lautete seine Forderung.

Für den Rat In der Gemeinde Faßberg hatte schon seit Wochen zuvor festgestanden, dass er diese Forderung auch für das Gemeindegebiet stellt, nachdem der Rechtsextremist Jürgen Rieger Absichten gezeigt hatte, Im Landhaus Gerhuus ein Schulungszentrum für Neonazis einzurichten. Obwohl derzeit noch offen ist, ob die Gemeinde es schafft, eine andere Lösung für die Immobilie zu finden, gab es schon mehrere Veranstaltungen in Fassberg, bei denen „Flagge gegen rechts“ gezeigt wurde. Klaus Burckhardt lieferte unter anderem aus diesem Anlass einen informativen Hintergrund und gab Anregungen, wie

innerhalb und außerhalb der Kirche mit dem Thema Rechtsextremismus umgegangen werden kann.

Aufklärung ist seiner Meinung nach eine wichtige Ausgangsbasis. Neben der Neonazi-Szene und den Kameradschaften gebe es viele Aktionen der NPD, die sich um „Zielgruppen“ kümmern, die von Staat und Gesellschaft vernachlässigt würden. „Die Rechten geben auf die richtigen Fragen die falschen Antworten“, stellte Burckhardt fest. So engagierten sich die neuen Nationalsozialisten oft in der „Jugendarbeit“ oder auch in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder böten sogar kommunale Dienste an. Was können Kirchengemeinden tun? „Rechtsextremismus entlarven und thematisieren“, lautete seine Antwort. Im Einzelnen könne dies bedeuten, Gottesdienste, Friedensgebete, Konfirmandentage zu dem Thema anzubieten, aber auch bei Demonstrationen „Flagge zu zeigen“.

Vernetzung sei dabei wichtig. „Machen Sie nichts alleine, laden Sie Leute aus der Mitte der Gesellschaft, aber auch ‚Aussteiger‘ aus der Szene ein“, riet Burckhardt. Auch mit der Antifa könnten bürgerliche Gruppen unter der Voraussetzung bestimmter Absprachen zusammen agieren, so seine Erfahrung. Im Anschluss an den Vortrag gab es von den Anwesenden noch Statements, Fragen und Anregungen. Ein wichtiges Thema war dabei die Jugendarbeit. Vor allem darüber, wie man das Thema auch in die Vereine tragen könnte, will man in Müden verstärkt nachdenken. Aber auch der älteren Generation soll Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wenn man feststelle, dass sich auch bei dem ein oder anderen Gemeindeglied Gedankengut aus den Gefilden des Rechtsextremismus festgesetzt habe, sei das schon erschreckend, stellte Müdens Pastor Christian Berndt fest. (Berger Stadtanzeiger 4.02.2009)

Konsultation und Exposure-Reise zum Thema Rassismus und Rechtsextremismus für 2010 geplant

Im Vorfeld des Ökumenischen Kirchentags in München ist eine Konsultation und Exposure-Reise internationaler Expert/innen zum Thema Rassismus und Rechtsextremismus im Mai/Juni 2010 in Vorbereitung. Definitive Partner sind bis dato die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, die Nordelbische Evangelische Kirche, die evangelischen Kirchen in Mecklenburg und Pommern, die evangelische Kirche Mitteldeutschlands, der Evangelische Entwicklungsdienst sowie Brot für die Welt. Die Besuchsreise soll nach vorläufigem Stand von Rostock ausgehen, über Hamburg/Lübeck nach Thüringen und Hannover führen und mit im Rahmen des Ökumenischen Kirchentags in München mit einer Abschlussveranstaltung enden. Es ist erhofft, in einen spannenden Austausch und evaluierenden Dialog mit internationalen Fachleuten zu kommen, die an der benannten Thematik arbeiten.

Impressum:

Pastor Klaus J. Burckhardt
Arbeitsstelle Friedensarbeit, Haus kirchlicher Dienste
der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
Archivstr. 3, 30169 Hannover
Fon 0511-1241-560 Email burckhardt@kirchliche-dienste.de

